

Antragsbereich L: Frühkindliche Bildung, Schule und lebenslanges Lernen

Antrag L1_17/2

1 **Antragssteller*in:** Juso-Hochschulgruppe Münster

2

3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4

5 **L1_17/2 Freiwilligendienste für alle möglich** 6 **machen!**

7 Viele Bereiche unserer Gesellschaft sind schon längst durchökonomisiert und auf Effizienz optimiert.
8 Kinder sollen so früh wie möglich eingeschult werden, mit G8 eine verkürzte Schulzeit durchlaufen,
9 im Anschluss bestenfalls direkt eine Ausbildung oder ein Studium beginnen, dieses in
10 Regelstudienzeit beenden, und dann mit Anfang oder Mitte Zwanzig ins Berufsleben einsteigen. Seit
11 Jahren wird uns von Ökonom*innen eingetrichtert, dies sei wichtig, um international auf dem
12 Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Es führt jedoch vor allem dazu, dass Schulabgänger*innen
13 immer häufiger minderjährig sind und ohne verschiedene Lebenserfahrungen noch nicht genau
14 wissen, was sie denn nach der Schule überhaupt machen wollen. Entgegen dieser Zwänge
15 entscheiden sich immer mehr Menschen dafür, nach der Schule einen Freiwilligendienst anzutreten,
16 um wichtige Erfahrungen zu sammeln und somit für eine ganz persönliche Lern- und
17 Orientierungsphase, die es so in der Schulzeit nicht gibt. Für die einzelne Person bedeutet ein
18 Freiwilligendienst damit die Möglichkeit und einen Raum zur persönlichen Entfaltung. Gleichzeitig
19 leisten Freiwilligendienste einen wichtigen Beitrag zu unserer Gesellschaft; sie stärken das soziale
20 und kulturelle Engagement in der Gesellschaft. Jedoch gibt es bei den Möglichkeiten der
21 verschiedenen Freiwilligendienste noch einen enormen Verbesserungsbedarf.

22 **Mangelnde Informationspolitik**

23 An vielen Schulen gibt es in der Mittelstufe eine „Berufsberatung“, die durch Abfrage der Interessen
24 der Schüler*innen eine Empfehlung für mögliche Berufssparten ausspricht. Ebenso findet häufig in
25 der Oberstufe eine Studienberatung statt, um über Studiengänge, Studienfinanzierung und Vor- und
26 Nachteile verschiedener Hochschulen zu informieren und den Schüler*innen einen besseren
27 Überblick über ihre Möglichkeiten zu geben. Was jedoch oftmals gänzlich fehlt, ist eine Ausbildungs-
28 oder Freiwilligendienstberatung. Es gibt zwar Messen und Märkte der Möglichkeiten, auf denen sich
29 Unternehmen bzw. Institutionen, die Träger*innen von Freiwilligendiensten sind, vorstellen, jedoch
30 kaum zentrale Informationstage oder -abende in den Schulen oder durch die Kommunen organisiert.
31 Schüler*innen, die sich für einen Freiwilligendienst interessieren, müssen von sich aus aktiv werden
32 und sich selber informieren, wodurch einige erst gar nicht auf die Idee kommen, einen solchen zu
33 absolvieren. Deshalb ist es notwendig, dass alle allgemeinbildenden Schulen dazu verpflichtet
34 werden, Informationsveranstaltungen anzubieten, bei denen über die verschiedenen
35 Freiwilligendienste in gleicher Weise wie über Berufs- und Studiermöglichkeiten informiert wird und
36 ehemalige Freiwilligendienstleistende ihre Erfahrungen einbringen. Freiwilligendienste müssen in
37 den Schulen als gleichwertige Möglichkeiten zum Studium oder zur Ausbildung dargestellt werden,
38 damit den Schüler*innen keine Entscheidung vorgegeben wird.

39 **Probleme der Freiwilligendienste**

40 In der Bundesrepublik gibt es verschiedene Formen der Freiwilligendienste. Die größten sind jedoch
41 der Bundesfreiwilligendienst (BFD), der aus dem Zivildienst entstanden ist und vom Bund finanziert
42 und geregelt wird, und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das jeweils die Länder verwalten. Seit
43 Jahren herrscht bei den Freiwilligendiensten eine so starke Nachfrage, dass die Platzvergabe zu
44 einer Herausforderung geworden ist. Dadurch, dass der BFD für alle Menschen, egal welchen Alters,
45 geöffnet ist, ergibt sich eine schwierige Doppelstruktur bei der Verteilung der Plätze an junge bzw.
46 ältere Menschen. Viele BFD-Stellen umfassen ehemalige Zivildienststellen, die nie auf ihren
47 Bildungsanspruch und ihre Arbeitsmarktneutralität überprüft worden sind. Arbeitsmarktneutralität
48 bedeutet dabei, dass die Stelle des Bundesfreiwilligendienstes keine hauptamtliche Stelle in dem
49 jeweiligen Berufsfeld - vor allem also in den sozialen Berufen - ersetzt. Der Bundesfreiwilligendienst
50 muss zu einem Lerndienst für junge Menschen umgebaut werden und parallel dazu muss es auch für
51 ältere Menschen neue Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements geben. Um den großen
52 Andrang von jungen Menschen auf die Freiwilligendienste zu bewältigen, hilft es jedoch nur die
53 Anzahl der vorhandenen Plätze massiv auszubauen, um allen Menschen, die sich sozial, kulturell,
54 oder bei andersartig gemeinnützigen Organisationen engagieren wollen, dieses auch zu ermöglichen.

55 Das Ziel von Freiwilligendiensten ist es, dass Menschen die Möglichkeit gegeben wird, etwa im
56 sozialen oder kulturellen Bereichen wichtige Lernerfahrungen zu sammeln. So lernen sie
57 beispielsweise an Schulen, bei der Betreuung von Menschen mit chronischer Erkrankung und/oder
58 Beeinträchtigung oder bei der Seniorenhilfe Bereiche kennen, mit denen die meisten in ihrem Leben
59 sonst nicht in Kontakt kommen würden. Für ihre Arbeit bekommen die Freiwilligen eine
60 Aufwandsentschädigung, die durch die*den jeweiligen Träger*in festgelegt wird. Es gibt dabei eine
61 gesetzliche Obergrenze von 381 Euro, im Durchschnitt bekommen Freiwillige jedoch nur 150 Euro.
62 Einige Einrichtungen bieten aber auch Wohnen und Verpflegung an. Dabei sind Freiwilligendienste
63 immer ein schwieriger Balanceakt zwischen bezahlter Freiwilligkeit und schlecht bezahlter
64 Arbeitskraft. Das Problem dabei ist, dass viele Freiwilligendienstleistende Arbeit machen, die
65 eigentlich von Hauptamtlichen übernommen werden müsste, die wegen fehlender finanzieller Mittel
66 jedoch nicht eingestellt werden. Freiwilligendienste dürfen deshalb nicht in Konkurrenz zu
67 hauptberuflichen Stellen stehen, da es dem Charakter eines Freiwilligendienstes widerspricht, die
68 Arbeit von Angestellten zu ersetzen. Soziale Berufe sind immer noch nicht so hoch angesehen und so
69 bezahlt, wie sie es verdient haben. Der Ausbau der Freiwilligendienste darf nicht dazu führen, dass
70 die Löhne in diesem Bereich noch weiter sinken. Freiwilligendienste in sozialen Berufen können
71 jedoch auch genau das Gegenteil bewirken. Sie eröffnen die Möglichkeit, dass die Sensibilisierung
72 der jungen Menschen und die gesellschaftliche Anerkennung für die Arbeit in diesen Berufen
73 gestärkt werden, um soziale Berufe dauerhaft aufzuwerten.

74 Die niedrige Bezahlung der Freiwilligendienste wirft jedoch noch ein weiteres Problem auf:
75 Freiwilligendienste sind sozial exklusiv. Die geringe Entlohnung führt dazu, dass nur junge Menschen
76 diese bestreiten können, deren Eltern sie finanziell unterstützen und weiter für ihre Wohnung,
77 Verpflegung und Fahrtkosten aufkommen können, oder Menschen, die neben dem Freiwilligendienst
78 noch arbeiten. Denn mit 150 Euro im Monat lässt sich vielleicht gerade einmal die Monatskarte
79 bezahlen, nicht jedoch der komplette Lebensunterhalt. Dadurch werden Jugendliche aus finanziell
80 schwachen Elternhäusern von vornherein gehindert, Freiwilligendienste zu machen. Daher müssen
81 wir einen Zweiklang fordern. Zum einen müssen die vor allem sozialen Berufsbilder finanziell
82 aufgewertet werden, zum anderen fordern wir eine faire Vergütung für Freiwilligendienste.
83 Freiwilligendienstleistende müssen mindestens eine Vergütung in Höhe des Mindestlohns bekommen,
84 um zumindest für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können. Darüber hinaus muss allen
85 Freiwilligendienstleistenden sowohl günstiger und angemessener Wohnraum, als auch bezahlbare
86 Fahrkarten zur Verfügung gestellt werden, um eine Unabhängigkeit von den finanziellen Mitteln der
87 Eltern zu gewährleisten. So gelingt es die soziale Exklusivität der Freiwilligendienste aufzubrechen.
88 Freiwilligendienste müssen für alle jungen Menschen offen sein, gerade auch für Jugendliche, deren

89 Eltern nur wenig Geld verdienen, denn gesellschaftliches Engagement darf kein Privileg für einige
90 wenige sein.

91 **Deshalb fordern wir:**

- 92 • Die klare Absage an Forderungen nach einem Pflichtdienst für junge Menschen, denn wir
93 setzen auf die Freiwilligkeit im Engagement.
- 94 • Eine Verpflichtung der allgemeinbildenden Schulen zum Angebot von
95 Informationsveranstaltungen, bei denen über Freiwilligendienst in gleicher Weise wie über
96 Berufs- oder Studiermöglichkeiten informiert wird.
- 97 • Die Schaffung einer zentralen Stelle in Verantwortung des Bundes, die Infos über alle
98 verschiedenen Freiwilligendienst-Programme sammelt, an Interessierte weitergibt und diese
99 berät.
- 100 • Den Ausbau der Jugendfreiwilligendienste, sodass allen Jugendlichen, die einen
101 Freiwilligendienst leisten wollen, auch die Möglichkeit dazu gegeben wird.
- 102 • Die Sicherstellung der Arbeitsmarktneutralität von Freiwilligendienstplätzen, damit es eine
103 klare Abgrenzung zu hauptamtlichen Arbeitsplätzen gibt.
- 104 • Die Reformierung des Bundesfreiwilligendienstes zu einem Lerndienst für junge Menschen,
105 um ihnen eine wichtige Lern- und Orientierungsphase zu bieten.
- 106 • Die Bereitstellung von bezahlbarem und angemessenem Wohnraum sowie einer Fahrkarte für
107 öffentliche Verkehrsmittel für Freiwilligendienstleistende, damit auch Freiwilligendienste
108 fernab des elterlichen Wohnraums möglich sind.
- 109 • Die Umwandlung der Aufwandsentschädigung in eine faire Vergütung, die mindestens dem
110 Niveau des Mindestlohns entspricht.
- 111 • Die Schaffung von Angeboten des ehrenamtlichen Engagements für ältere Menschen.
- 112 • Die Gleichsetzung von Freiwilligendienstleistenden mit Auszubildenden flächendeckend in
113 allen Bereichen von Vergünstigungen, z.B. den ÖPNV und städtischen Einrichtungen wie
114 Schwimmbäder und Museen. Auch private Unternehmen, wie Kinos, sollen dahingehend
115 sensibilisiert werden.